

1
2009

September 2009

„blaugelb“

ZEITUNG
FÜR

DIE
PREETZER



FDP frei · stark · blaugelb

FDP erwirkt mehr Personal für Preetzer Kindergärten

von Michael Howe, Fraktionsvorsitzender der FDP in Preetz

Diese FDP-Pressemitteilung wurde unterdrückt

„Die FDP Preetz ist empört über die Betreuungssituation an der Kindertagesstätte Leuchtturm in Schwebstöcken und sieht dringenden Handlungsbedarf. Nun muss die Stadt handeln, es liegt schon ein Beschwerdebrief einer Mutter bei der Stadt vor. Die Personalsituation war in der Woche vor Ostern extrem schlecht. Ein Betreuer ist im Urlaub, ein anderer Betreuer ist krank und eine Küchenkraft gibt es auch nicht. Als die Eltern ihre Kinder morgens abgeben wollten, wurden diese gebeten, ihre Kinder wieder mit nach Hause zu nehmen, unfassbar!“

Diese Situation zeigte kurz vor Ostern wieder einmal, wie knapp die Preetzer Kindergärten wirklich besetzt sind, da auch ein Aushelfen durch andere Kindergärten nicht mehr möglich war.

Die FDP hält ihr Wahlversprechen – im Gegensatz zu vielen anderen Parteien – und setzt sich mit Nachdruck für Bildung und eine Verbesserung der Kinderbetreuung ein. Die Problematik bezüglich der Versorgung in der Kindertagesstätte Leuchtturm ist alles andere als neu oder gar plötzlich aufgetreten. Bei allen bisherigen Versuchen der FDP, hier eine Verbesserung zu erreichen, wurde die Situation sowohl von den anderen Parteien in der Stadtvertretung als auch seitens der Stadt nicht erkannt oder



zumindest ignoriert. Die FDP hat in Form eines Antrags an den Aus-

schuss für Kinder- und Jugendangelegenheiten, Sport, Soziales und

Fortsetzung Seite 5

Landtagswahl 27.09.2009

Christiane Coenen

aus Ascheberg (Holstein)

**Direktkandidatin für die FDP
im Wahlkreis 19 Plön-Süd**



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

im Wahlkreis 19 Plön-Süd bewerbe ich mich um Ihr Vertrauen – als Ihre FDP-Kandidatin zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 27. September 2009.

Warum sollten Sie mich beziehungsweise die FDP wählen? Vielleicht gehören Sie zu denjenigen, die Politikern sowieso nichts mehr glauben und deshalb auch gar nicht mehr wählen gehen wollen?

Sicher, nicht alles ist zum Besten in unserer Demokratie, aber Demokratie ist ein hohes Gut und Freiheit ist das Höchste, was wir haben! Es lohnt sich, sich dafür einzusetzen, und hierfür hoffe ich auf Ihre Unterstützung. Denn: was würde zum Beispiel Reichtum jemandem nützen, der keine Freiheit hätte?

Eine demokratische und freie Gesellschaft braucht unbedingt ein stabiles Wertesystem und die Verantwortungsbereitschaft der Einzelnen.

Diese Überzeugungen bilden die Basis für meine politischen Aktivitäten und Ziele, für die ich mich schon viele Jahre in meiner Heimatgemeinde Ascheberg sowie seit einiger Zeit auch im Kreistag Plön einsetze und engagiere – und die ich gerne im Landtag des Landes Schleswig-Holstein fortsetzen möchte.

Ich finde richtig und wichtig, dass Bildung schon sehr früh beginnt und Wissen, Fähigkeiten und Werte umfasst. Ich setze mich dafür ein, dass mehr Chancengerechtigkeit für Frauen Realität wird. Und Familien müssen gestärkt werden, damit Kinder ihre Persönlichkeit entwickeln und entsprechend ihren Anlagen entfalten können. Ich stehe dafür, dass Bürgerrechte geachtet und verbessert werden. Demokratische Prinzipien können noch erweitert werden. Entscheidungen – ob in Politik oder Verwaltung – müssen sachlich und transparent getroffen werden und nachvollziehbar sein, und manche Fragen müssen Bürgerinnen und Bürger auch selbst entscheiden können. So habe ich gemeinsam mit vielen Gleichgesinnten in Ascheberg einen Bürgerentscheid zum Thema Abwasser herbeigeführt – gegen eine Mehrheitsentscheidung der Gemeindevertretung, die weniger Einnah-

men für die Gemeinde und höhere Abwassergebühren für die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger bedeutet hätte.

Eine Fülle von Regelungen belastet Bürgerinnen und Bürger und vor allem die Wirtschaft. Bürokratische Anforderungen müssen gestrafft und auf das nötige Minimum reduziert werden. Dann können wir auch zielgerichtet Verwaltungsstrukturen verschlanken, modernisieren und kostengünstiger machen.

Für diese politischen Ziele und Themen setze ich gerne meine Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen ein, unter dem Motto: sagen was ich will und machen was ich sage.

Ich bin 56 Jahre alt, habe Mathematik und Informatik studiert und ein Verwaltungsdiplom. Im Finanzministerium in Kiel arbeite ich als Leiterin von IT- und Organisationsprojekten und als stellvertretende Referatsleiterin.

Ich habe zwei erwachsene Kinder – Tochter und Sohn – und zwei Enkelinnen.

Wenn mir die Politik Zeit lässt, bin ich gerne im Garten aktiv oder draußen unterwegs, und ich tanze gern.

In der FDP bin ich seit 2004 aktiv. Dazu gehört die Arbeit im Kreisverband/Kreisvorstand Plön und seit der letzten Kommunalwahl auch als Kreistagsabgeordnete für den Kreis Plön. Dort gehöre ich dem Finanzausschuss und dem Ausschuss für Gleichstellung, Gesundheit und Soziales an und bin Vorsitzende im Frauenpolitischen Beirat.

Ich war im November 2005 Gründungsmitglied der "Liberalen Frauen Schleswig-Holstein" und bin seither deren Landesvorsitzende. Im FDP-Landesverband engagiere ich mich außerdem in verschiedenen Fachausschüssen.

In meiner Heimatgemeinde Ascheberg war ich etliche Jahre als Mitglied der Ascheberger Freien Wählergemeinschaft in gemeindlichen Gremien sowie in der Gemeindevertretung ehrenamtlich tätig.

Im Januar 2009 war ich Gründungsmitglied der Ascheberger FDP-Ortsvereins.

Nehmen Sie gerne mit mir Kontakt auf, damit wir über die Themen, die Ihnen wichtig sind, ins Gespräch kommen können.

Ihre Christiane Coenen

Kontakt:

Christiane Coenen, Am Marienhof 2,
24326 Ascheberg

Tel.: 04526 653 oder 0160 94878457

christiane.coenen@gmx.de

Zum Wahlkreis 19 Plön-Süd gehören:

Stadt Plön, Stadt Preetz, von der amtsfreien Gemeinde Schwentinental Gebiet der bisherigen amtsfreien Gemeinde Ralsdorf, Amt Bokhorst-Wankendorf, Amt Preetz-Land vom Amt Großer Plöner See

Gemeinde Ascheberg, Gemeinde Bösdorf, Gemeinde Dersau, Gemeinde Dörmick, Gemeinde Grebin, Gemeinde Kalübbe, Gemeinde Lebrade, Gemeinde Nehnten, Gemeinde Rantzau, Gemeinde Rathjensdorf, Gemeinde Wittmoldt

Bundestagswahl 27.09.2009

Martin Wolf

aus Preetz



Liebe Leserin, lieber Leser,

ich bewerbe mich für ein Mandat im Deutschen Bundestag, um mit meinen Mitstreitern von der FDP eine gute und am individuellen Wohl des Einzelnen orientierte Politik in der Bundesrepublik durchzusetzen.

Für die FDP sind die Grundwerte unserer Verfassung Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit keine hohlen Floskeln, die an Feiertagen beschworen und besungen werden. Jeden politischen Akt, jedes Gesetz messen wir ganz konkret an diesen Werten.

In Zeiten wirtschaftlicher Probleme und der Angst vor terroristischen Anschlägen geraten die Freiheitswerte manchmal in Misskredit im Verhältnis zum berechtigten Bedürfnis nach Sicherheit. Der Staat soll möglichst alles richten: Kredite geben „ohne Ende“ und möglichst überall präsent und handlungsfähig sein, wenn Gefahr von islamistischen oder politischen Extremisten droht. Das Bedürfnis ist nachvollziehbar.

Aber: sinnvoll und vernünftig sind nur Mittel und Wege, die wirklich geeignet sind, die wirtschaftliche Krise auf Dauer zu meistern und die Sicherheit der Menschen und Familien dauerhaft und nachhaltig zu gewährleisten.

Es nützt der Sicherheit nicht, wenn jeder private Bereich von 82 Millionen Einwohnern unseres Landes ausgespäht werden darf, wenn der Betroffene einen orientalischen Bazar besucht hat oder eine Perserkatze besitzt, weil ein „Schlapphut“ das verdächtig findet.

Denn: die Strafprozessordnung und die Landesverfassungsgesetze haben bereits Instrumente zur Verfügung, um im Verdachtsfall sinnvoll zu agieren. Als Beispiel nenne ich den großen Lauschangriff und die Observationsrechte.

Die FDP ist überzeugt davon, dass wir die wirtschaftliche Krise mittel- und langfristig nur durch eine Steu-

erreform in den Griff bekommen. Es ist das Ursache-Wirkungsverhältnis von Steuersenkungen und Wirtschaftswachstum unter vernünftigen Politikern (nahezu) jeder Couleur unumstritten und unser Steuermodell ist nicht neu: nach wie vor sind wir für eine Vereinfachung des Systems mit einem Dreistufenmodell: 10 - 25 - 35.

Das Resultat ist zum einen, dass 1) die Arbeitnehmer deutlich mehr Geld netto verdienen und ausgeben können, 2) dass die vielfach zu Recht monierten Ungerechtigkeiten, die gegenwärtig durch die Manipulierbarkeit von Steuererklärungen, nicht mehr möglich sind und 3) nicht zuletzt eine bessere Kalkulierbarkeit der Steuereinnahmen durch den Staat.

Durch eine FDP geprägte Finanzpolitik würden die kleinen und mittleren Einkommen mit 35 MILLIARDEN Steuern entlastet werden!

Und diese Kaufkraft stünde den Anbietern aus Mittelstand und Industrie zur Verfügung. Das Geld, das der Staat zurzeit für wettbewerbsunfähige und marode Betriebe verplempert könnte man zum Beispiel für diejenigen nutzen, für die bereits jetzt feststeht, dass sie die Rechnungen mit begleichen müssen: die Generation unserer Kinder! Für 5 Milliarden dieser wirklich zweifelhaften Abwrackprämie könnte man viele Schulen, Universitäten und Stipendien-Programme finanzieren. Deren Effekt zeigte sich in besseren Bildungsvoraussetzungen, einer größeren Menge von Schülern und Studenten, die man fördern könnte und käme zudem dem Fortschritt entgegen.

Dies sind die wichtigsten Themen, für die die Politik der nächsten Jahre die entscheidenden Weichen stellen wird. Ich bin überzeugt davon, dass die FDP in Regierungsverantwortung im Bund und in den Ländern dabei sein muss, damit die Zukunft Deutschlands gut aussieht.

Und deshalb bitte ich Sie um Ihre Stimme bei Bundes- und Landtagswahl am 27. September.

Ihr Bundestagskandidat Martin Wolf

**Am 27.09.2009
Ihre Stimme
für die FDP.**

FDP



Preetzer FDP mahnt: Schulden stoppen

von Michael Howe und Dr. Siegfried Beisswenger

Für die FDP in Preetz ist die hohe und rasant weiter steigende Verschuldung der Stadt ein Anlass zu größter Besorgnis. Pro Einwohner/in beträgt der Schuldenstand im Landesdurchschnitt 507 Euro. Dagegen war jeder Preetzer Bürger schon im Jahre 2006 mit 904 Euro an Gemeindeschulden belastet. Am 1.1.2009 waren es 1.308 Euro und nach Planung der Stadt Preetz sollen es am Jahresende 1.686 Euro sein.

So war es auch nicht verwunderlich, dass der Landrat in seiner Eigenschaft als Kommunalaufsicht dem Preetzer Haushalt für das Jahr 2009 nicht zugestimmt, sondern die Auflage gemacht hat, eine halbe Million Euro einzusparen. In absoluten Zahlen haben sich die Schulden von Preetz unter der Ägide des Bürgermeisters Schneider in den letzten sechs Jahren

dem er auf das Haushaltsrecht der Stadtvertreter verwies. Die Frage ist deshalb zu stellen, wie lange sich CDU und SPD die Umkehrung der Verhältnisse noch gefallen lassen wollen.

Es darf nicht sein, dass durch die Realisierung von unverhältnismäßig teuren Prestigevorhaben das Geld anderenorts fehlt. Die Lebensqualität einer Stadt hängt nämlich nicht nur von der baulichen Infrastruktur, sondern auch von so einfachen Dingen wie dem ordentlichen Betrieb von Kindergärten und Schulen

Bei Preetzer Schulen und Kindergärten liegt vieles im Argen

Schulden der Stadt Preetz von 13 Millionen Euro auf 26 Millionen verdoppelt

von ca. 13 Millionen Euro auf 26 Millionen Euro verdoppelt. Wie konnte es dazu kommen? Keine Frage – Preetz hat sich durch zahlreiche Baumaßnahmen zum Vorteil verändert. Hervorgehoben sei der Markt und der Cathrinplatz. Beim neuen Feuerwehrhaus (Kosten mindestens 4 Millionen Euro) wäre schon die Frage zu stellen, ob es denn keine billigeren Lösungen gegeben hätte. So gilt auch für den Markt und den Cathrinplatz: im Zweifel wäre es auch um einiges billiger gegangen.

Die FDP hat in all den Jahren immer wieder auf die steigende Verschuldung hingewiesen und mehrfach dem Schuldenhaushalt nicht zugestimmt. Darüber hinaus stieß die FDP mit ihren Sparvorschlägen beim Bürgermeister und den ihn tragenden Parteien auf taube Ohren.

Tatsache ist, dass in den vergangenen Jahren insbesondere CDU und SPD ihre Verantwortung in der Stadtvertretung nur unzureichend wahrgenommen haben. Das Schema war immer wieder dasselbe: der Bürgermeister hatte im Stillen kostenintensive Maßnahme sehr weit vorangetrieben und die Stadtvertretung vor nahezu vollendete Tatsachen gestellt. Als Reaktion auf die vom Bürgermeister herbeigeführten Zwangssituationen wussten CDU und SPD sich nur mit Zustimmung zu helfen. Kam andererseits an einzelnen Investitionsmaßnahmen der Stadt Bürgerkritik auf, wusch sich Schneider die Hände in Unschuld, in-

dem er auf das Haushaltsrecht der Stadtvertreter verwies. Auch darauf hat die FDP in der Vergangenheit immer wieder hingewiesen.

Die FDP mahnt dringend zur Rückkehr zu einer verantwortungsbewussten Haushaltsführung. Dazu gehört, dass alle Infrastrukturmaßnahmen nicht nur bezüglich ihrer Notwendigkeit hinterfragt, sondern auch, dass kostengünstige Lösungen gesucht werden. Nicht alles was wünschenswert ist kann auch realisiert werden. Manches muss auf die Zukunft verschoben werden. Manche unpopuläre Entscheidung mag damit verbunden sein. Denn angesichts der eingangs genannten Zahlen ist mit Händen zu greifen, dass hinsichtlich der Preetzer Finanzsituation ein fester Sperrkurs dringend begonnen und durchgehalten werden muss. Nur so können für die Zukunft finanzielle Spielräume wieder zurückgewonnen werden.

Daher haben wir uns in allen zuständigen Ausschüssen und in der Stadtvertretung deutlich dafür ausgesprochen, dass Gelder aus dem Konjunkturpaket II nur dann beantragt wurden, wenn es sich um Maßnahmen handelt, die in den nächsten Jahren unweigerlich auf Preetz zukommen. Denn trotz bewilligter Gelder bleibt immer auch ein nicht zu unterschätzender Eigenanteil bestehen.

Die FDP wünscht sich im Sinne aller Preetzer Bürgerinnen und Bürger, dass auch die anderen Parteien, insbesondere die CDU und SPD, das notwendige Rückgrat für eine verantwortungsbewusste Haushaltsführung bei den Haushaltsdebatten in diesem Jahr haben.

Preetzer Kindergärten Fortsetzung von Seite 1

Gleichstellung bereits in der Sitzung am 09.10.2008 versucht, eine Verbesserung der Personalsituation zu erreichen. Leider mit nur wenig Erfolg. Die Stadt sah die Betreuungssituation als ausreichend an und es konnte lediglich erwirkt werden, dass eine Ein-Euro-Kraft kurzzeitig eingestellt wurde. Als sich die Situation in der Kindertagesstätte jedoch wieder verschärfte und die FDP einen Dringlichkeitsantrag für die Stadtvertretungssitzung am 24.02.2009 stellte, wurde dieser von der Stadtvertretung abgelehnt. Als dann auch noch die vorgesehene Sitzung des Ausschusses für Kinder- und Jugendangelegenheiten, Sport, Soziales und Gleichstellung am 02.04.2009 vom Ausschussvorsitzenden mangels Tagesordnungspunkten abgesagt wurde, reagierte die FDP nicht nur empört sondern mit Verständnislosigkeit für eine solch ignorante Einstellung.

Die FDP lies jedoch nicht locker und forderte die Stadt, die Stadtvertretung und insbesondere den Ausschuss für Kinder- und Jugendangelegenheiten, Sport, Soziales und Gleichstellung auf, zu handeln und mehr Personal in den Kindergärten einzustellen, anstatt nicht vorhandenes Geld in Straßen und Gebäude zu investieren.

Diese hartnäckige Haltung der FDP führte, wenn auch erst langfristig, zum Erfolg. Die Fraktion der FDP und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragten für die Sitzung der Stadtvertretung am 12.05.2009 erneut die Behandlung des Themas in der Stadtvertretung. Nach zunächst zumindest teilweise hitzigen Diskussionen während der Verhandlungen, unterstützt durch engagierte Eltern, wurde das Thema endlich ernst genommen. In der Folge gelang es der FDP, immer mehr Parteien von der Notwendigkeit für mehr Personal zu überzeugen.

So gelang es uns sowohl in der Sitzung des Ausschusses für Kinder- und Jugendangelegenheiten, Sport, Soziales und Gleichstellung am 18.06.2009 als auch in der folgenden Stadtvertretungssitzung am 07.07.2009, eine deutliche Mehrheit für mehr Personal in den Kindergärten zu erreichen.

Ergebnis:

**Neue Kräfte für die
Kindergärten
Hufenweg, Bunte Kiste
und Schwebstöcken**



Autohaus Lepthien

Ihr Partner rund ums Auto
Jochen Lepthien



Industriestraße 1A, 24211 Preetz
Tel.: 043 42 / 871 88
Fax: 043 42 / 871 89
Mobil: 0171 / 870 53 84
info@autohaus-lephtien.de
www.autohaus-lephtien.de

Zwischenruf

... Kennen Sie auch das Gefühl, wenn man jegliche Lust auf Politik verloren hat? Die Wirtschaftspolitik und die Schulpolitik sind bei uns noch nie so schlecht gewesen wie jetzt. Dazu kam von außen die Finanzkrise, gefolgt von der Wirtschaftskrise – und nur etwas verzögert wird auch die Arbeitsmarktkrise folgen. Das Vertrauen in die „politische Kaste“ und in die sogenannte „Finanz-Elite“ ist völlig verloren gegangen. Uns plagen die Sorgen um unsere Arbeitsplätze, um die Zukunftschancen unserer Kinder, um unsere finanzielle Sicherheit, um unsere Gesundheitsfürsorge u.a.m. Wem kann man noch trauen? Wem kann man überhaupt noch wählen?

Auf unseren „Gelben Seiten“ versuchen „liberale“ Preetzer Bürger wieder etwas Vertrauen in die Politik aufzubauen. Sie spannen den Bogen von Preetzer Problemen über die Landespolitik bis zur Bundespolitik. Wir haben bewusst auf Propagandagetöse und Parteiprogramme verzichtet.

Wenn Sie sich für „Schwarz-Gelb“ entscheiden sollten, müssen Sie sich taktisch klug verhalten: Geben Sie der FDP Ihre Erststimme und Ihre Zweitstimme. Wenn Sie Ihre Stimmabgabe „splitten“ wollen, aufgepasst: Geben Sie Ihre **Zweitstimme** der FDP.

Harri Schukys

Impressum

„blaugelb“
ZEITUNG FÜR DIE PREETZER

Herausgeber:
FDP-Ortsverein Preetz
r.l.v.h@t-online.de

Redaktion:
Dr. Siegfried Beißwenger,
Rolf-J. v. Haacke,
Michael Howe, Harri Schukys,
Martin Wolf

Layout:
Harri Schukys

Karikaturen:
Georg Banasch, verst.
Götz Wiedenroth

Satz und Druck:
Geb. Peters, Preetz

Auflage: 6.000



Deutschland braucht die FDP

von Dr. Siegfried Beisswenger

Vier von fünf größeren deutschen Parteien konkretisieren ihr wichtigstes politisches Anliegen bereits in ihrem Namen. Die CDU stellt das christliche Menschenbild heraus, die SPD das Soziale, und die Grünen signalisieren ihre Fokussierung auf die Umwelt. Ohne Frage ist sich die FDP ebenfalls der Wichtigkeit des christlichen Menschenbildes in unserer Kultur bewusst, fühlt sich die FDP dem Sozialen ebenso verpflichtet wie der Erhaltung der Umwelt, stellt aber mit der Freiheit in ihrem Namen etwas heraus, das uns zwar in seiner grundsätzlichen Bedeutung als selbstverständlich erscheint, das aber bei näherem Hinsehen dennoch immer wieder gefährdet ist.

Für die FDP ist die Freiheit der zentrale Begriff als die Voraussetzung von Wohlstand und Demokratie. Freie Wahlen und die Möglichkeit, unter einem großen Warenangebot frei zu wählen, sind zwei Seiten derselben Medaille. Denn wo Freiheit herrscht, ist kein Platz für ein Politbüro, das 99-prozentige Wahlsiege fälscht oder mittels einer Planwirtschaft festlegt, was Menschen kaufen können.

Nun wird hin und wieder versucht, der FDP das Etikett des „Neoliberalismus“ anzuheften. Das soll vor allem hinsichtlich der Wirtschaft heißen: „alles ist möglich – alles ist erlaubt“. Dies ist in praktischer wie auch theoretischer Hinsicht kompletter Unsinn. Gerade der liberale Geist weiß: „die Grenzen meiner Freiheit sind die berechtigten Interessen meiner Mitmenschen“. So brauchen wir für alle Bereiche des menschlichen Zusammenlebens ein verbindliches Regelwerk. Gerade in diesen Tagen gilt es, ein weltweites Regel- und Überwachungssystem, dessen Fehlen die heutige Finanz- und Wirtschaftskrise zu großen Teilen zu verdanken ist, verbindlich einzuführen. Und vergessen wir nicht: gerade auf den freiheitssensiblen Feldern der Wirtschafts- und Innenpolitik waren es so manche führende Freie Demokraten, die in den frühen, sehr erfolgreichen Jahren der jungen Bundesrepublik als Bundesminister zu diesem Regelwerk überaus prägend beigetragen haben.

Aber bei aller Notwendigkeit von Regeln – immer geht es um das rechte Maß. Ein moderner Staat hat ein hochkomplexes Politik- und Verwaltungssystem. Abertausende von Menschen arbeiten täglich an den vielseitigsten Facetten unseres Zusammenlebens. Die Einsichten all dieser hochintelligenten Spezialisten haben aber in der Summe die Tendenz, die Ausnahme der Ausnahme von der Ausnahme regeln zu wollen. So entsteht mit der Zeit ein Wust von Gesetzen und Verwaltungsvorschriften, der in vielen Bereichen erfolgreiches Handeln lähmt. Eine andere Gefahr ist die ausufernde Machtaneignung staatlicher Instanzen: das Finanzamt möchte den gläsernen Bürger ebenso wie alle mit Fragen der Sicherheit befassten Organe unseres Staates. Hier geht es um den politischen Willen, eine vernünftige und das Wohl unseres Gemeinwerts fördernde Balance von Freiheitsrechten und deren Einschränkungen zu finden. Dieser politische Wille ist vor allem bei der FDP zu finden. Sie hat in der Vergangenheit einer Vielzahl von Gesetzen, die Freiheitsrechte einschränkten auf Bundes- und Europaebene nicht zugestimmt und auch höchststrichterliche Korrekturen erstritten (z.B. bei der Vorratsdatenspeicherung).

Darüber hinaus gibt es mehrere Beispiele, wo Parteien aus ideologischen Gründen oder aus bloßer Borniertheit (alle müssen nach meiner Pfeife tanzen – Verbieten ist schön) unserem Land vielversprechende Entwicklungsmöglichkeiten nahmen. Ein Beispiel mit weitreichenden Folgen sind die modernen Biowissenschaften. Auf den Feldern der Genforschung und Teilen der Mikrobiologie ist Deutschland heute zweitklassig. Dies ist ein Vermächtnis einer rot-grünen Regierung, die nicht von Wissen geleitet war, sondern aus unbestimmten Ängsten und Gefühlen der Bevölkerung politisches Kapital schlug. Wer heute mit einem jungen Biologen redet, der einschlägige Auslandserfahrungen gewonnen hat, kann hören, in welchem Maße international tätige deutsche Pharmaunternehmen ihre Forschungsaktivitäten wegen der unsicheren deutschen Verhältnisse ins Ausland verlegt haben. Besagter Biologe konnte eine Stelle in der Forschung bei deutschen Firmen in England, Kanada und so-

gar in Australien bekommen, nur in Deutschland nicht. Man darf überzeugt sein, dieselben Grünen Politiker, die die angesprochene Forschung in Deutschland verhindert haben, werden – wenn es darauf ankommt – die Medikamente, die aus dieser Forschung erwachsen, gerne selbst in Anspruch nehmen.

Um zu den eingangs erwähnten Parteien zurückzu-kehren, seien aus Sicht der FDP drei kleine Anmerkungen erlaubt. Ist das Soziale bei der SPD nicht vielleicht manchmal nur gut gemeint und schadet denjenigen sogar, deren Lebensverhältnisse man verbessern möchte? Engt der (vielleicht falsch verstandene) christliche Blickwinkel nicht ein, wenn es



Schon die alten Griechen wussten „alles ist im Fluss“. Das Leben ist ständige Veränderung und Anpassung. Deshalb ist immer unaufgeregte Unvoreingenommenheit gefragt, wenn es darum geht, zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten zu bewerten und neue Regeln zu finden. Liberal sein heißt in unserer modernen Zeit vor allem: pragmatisch denken und handeln. Diesen Pragmatismus darf man nicht verachten. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird er als Denkmodell der komplexen Vielfalt unserer modernen Welt viel eher gerecht als jede Ideologie, die ihrem Wesen nach immer vieles ausblendet.

darum geht, eine den Problemen der Zeit angemessene Integrationspolitik zu betreiben? Ist eine allgemeine Verbotspolitik und die Verengung auf Umweltfragen und Windräder nicht ein bisschen wenig, wenn es darum geht, für unser Land auch in Zukunft breiten Wohlstand zu schaffen?

Mir ist die FDP auf jeden Fall sehr sympathisch: liberal nicht beliebig, pragmatisch nicht ideologisch.

Nur so kann man den Problemen unserer Zeit wirklich gerecht werden.

Für die Wahl zum Deutschen Bundestag

3 Wolf, Martin Josef Rechtsanwalt Preetz Birkenweg 57 FDP Freie Demokratische Partei		Freie Demokratische Partei FDP Jürgen Koppelin, Dr. Christel Happach-Kasan, Sebastian Blumenthal, Christine Aschenberg- Dugnus, Klaus-Peter Eberhard	3
--	--	--	----------

Für die Wahl zum Schleswig-Holsteinischen Landtag

3 Coenen, Christiane Dipl.-Verwaltungswirtin Ascheberg, Am Marienhof 2 FDP		Freie Demokratische Partei FDP Wolfgang Kubicki, Dr. Ekkehard Klug, Dr. Heinrich Garg, Günther Hildebrand, Anita Klahn	3
--	--	--	----------

3

FDP



Liebe Preetzer Mitbürgerinnen und Mitbürger !

Am Sonntag, dem 27. September 2009,

*finden in Schleswig-Holstein Landtagswahlen
und in ganz Deutschland Bundestagswahlen statt.*

Für beide Wahlen bittet die FDP herzlich um Ihre Stimme.

Für die Wahl der FDP gibt es gute Argumente:

Die FDP bewahrt Bürgerrechte vor ausufernder Machtaneignung des Staates.

Die FDP macht eine pragmatische Wirtschaftspolitik und sorgt so für Rahmenbedingungen, die Unternehmen in die Lage versetzen, mehr Arbeitsplätze zu schaffen.

Deutschland braucht gewerbliche Arbeitsplätze, um Geld „ins Staatssäckel“ zu bekommen.

Nur so können auch mehr öffentliche Arbeitsplätze bezahlt werden, z.B. für mehr Lehrer, Richter und Polizisten u.a.m.

Die FDP schlägt Steuersenkungen vor.

Die Steuersenkungen zielen an erster Stelle auf Familien mit Kindern, also auf die Mitte unserer Gesellschaft.

*Für diese Politik steht die FDP in Bund und Land
und auch in unserer schönen Stadt Preetz,
wie sie in unserer Zeitung „blaugelb“ nachlesen können.*

Nehmen Sie bitte Ihr Bürgerrecht wahr: Gehen Sie zur Wahl



Michael Howe
Fraktionsvorsitzender



Rolf-Jürgen v. Haacke
Ortsvorsitzender

der FDP in Preetz